

Beschluss des 36. Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

Land statt Frust

Präambel - Ländlichen Raum modern gestalten!

Bayern ist ein stark ländlicher Raum.

Bevölkerung und Kultur sind von dörflichen Strukturen geprägt und die Landwirtschaft hat nach wie vor einen hohen Stellenwert im täglichen Leben. Gleichzeitig gibt es aber auch ein nicht unerhebliches Konfliktpotenzial zwischen Stadt und Land. Beispielsweise die Frage, wo welche Fördergelder hinfließen, der Bau von Prestigeprojekten oder schlicht gefühlte Mentalitätsunterschiede zwischen „Waidlern“ und „Stoderern“. Die Landbevölkerung gilt klischeehaft als traditionsbewusst und konservativ, Stadtbewohner*innen mögen es laut und schrill. Auch wenn diese Bilder so in der Realität kaum anzutreffen sind, prägen sie doch das Denken vieler Menschen. Die Ausgestaltung des ländlichen Raums ist ein hochpolitisches Thema, bei dem es sich lohnt, sich einzumischen. Junge Menschen im ländlichen Raum finden oftmals weder wirtschaftlich noch kulturell oder sozial Zukunftsperspektiven. Der demografische Wandel zusammen mit dem Trend, in Ballungsräume zu ziehen, hat die gesellschaftliche Struktur in kleineren Gemeinden daher erheblich verändert und wird es weiter tun. Dies wird wiederum Folgen auf die benötigte Infrastruktur und die Ansprüche der Einwohner*innen an Mobilitäts- oder Kulturangebote haben. Gerade uns als GRÜNE JUGEND Bayern, als politische Jugendorganisation, stellt sich die Frage, ob der ländliche Raum in Zukunft auch noch für junge Menschen attraktiv sein und wie ein Zusammenleben der Generationen funktionieren kann. Für uns ist wichtig, dass junge Menschen an der Gestaltung des ländlichen Raumes selbstverständlich mitbeteiligt werden und die Zukunft ihres Lebensraums mitbestimmen können. Jugendliche auf dem Land brauchen Gestaltungsräume und Partizipationsmöglichkeiten. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, aus junggrüner Sicht die Blaupause eines idealen ländlichen Raums zu entwickeln.

1. Ländlichen Raum lebenswert gestalten – Grundversorgung stärken

Die Grundversorgung auf dem Land ist eine Herausforderung, die auf allen politischen Ebenen gemeinsam angegangen werden muss. Wir fordern ökologische und soziale Konzepte zum Erhalt einer vielfältigen Grundversorgung im ländlichen Raum. Denn es reicht definitiv nicht, die Entwicklung des ländlichen Raums dem Subsidiaritätsprinzip nach in die Hände kleiner Kommunen zu legen und sie alibihaft durch Programme wie das zur Dorferneuerung zu unterstützen.

Der erste Teilbereich, der neue politische Konzepte erfordert, ist die medizinische Versorgung. Längst ist es nicht mehr selbstverständlich, in jedem Dorf eine*n Hausärzt*in ansässig zu haben. Von psychologischer Betreuung oder Spezialist*innen wie Frauenärzt*innen ganz zu schweigen. Wir halten eine vielfältige und gut erreichbare ärztliche Betreuung aber für unabdingbar. Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND Bayern, das seit 2012 bestehende Programm zur Förderung der Niederlassung von Hausärzt*innen im ländlichen Raum auszuweiten. So sollen nicht nur bayerische Medizinstudierende die Förderung von 300€ erhalten, wenn sie sich für fünf Jahre zum „Dienst im ländlichen Raum“ verpflichten, sondern auch Studierende an Hochschulen, die nicht im Freistaat ansässig sind. Zusätzlich fordern wir die Ausweitung auf das Baden-Württembergische Modell: Dort ist es, wenn man sich verpflichtet, zehn Jahre im ländlichen Raum tätig zu sein, auch ohne einen bestimmten Notendurchschnitt möglich, das ansonsten zulassungsbeschränkte Fach Medizin zu studieren.

Beschluss des 36 .Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

Nicht nur Hauptamtliche stellen derzeit die Grundversorgung im ländlichen Raum sicher. Ein System, aufbauend auf zivilgesellschaftlichem Engagement stützt die Gesellschaft auf dem Land. Organisationen wie die Freiwillige Feuerwehr oder die freiwilligen Sanitäter*innen retten Tag für Tag Leben. Hinzu kommen unterfinanzierte Bereiche wie die Sozialwerke, die eine Betreuung alter oder kranker Menschen auf dem Land möglich machen. Für uns gilt an dieser Stelle das Credo, was funktioniert, soll auch staatlich unterstützt werden. An den Stellen, an denen diese Versorgung bereits nicht mehr durch die bisherigen Freiwilligenstrukturen gewährleistet werden kann, muss der Staat nachhelfen. Vor allem Frauen sind in solchen Strukturen derzeit unterrepräsentiert. Daher fordern wir, bei den Landesfeuerwehrstellen Frauenbeauftragte anzusiedeln, welche die örtlichen freiwilligen Feuerwehren mit Programmen dabei unterstützen, Frauen zu finden und für diese gesellschaftlich angesehene Arbeit zu begeistern. Ebenso soll ein Engagement des Freistaates im Bereich der Sozialwerke geprüft werden. Gerade in der Pflege brauchen die Mitarbeiter*innen wesentlich mehr Unterstützung.

Eine weitere Tatsache, welche vielerorts die zivilgesellschaftlichen Strukturen stark auf die Probe stellt, ist der Demografische Wandel. Dieser Faktor ist in vielerlei Hinsicht politisch brisant, wenn wir die Zukunft des ländlichen Raums positiv gestalten wollen. Steigt der Anteil alter Menschen, steigt auch der Bedarf an medizinischer Versorgung. In einem System, das darauf basiert, dass diese Versorgung größtenteils über junge Ehrenamtliche gedeckt wird, treten irgendwann Versorgungslücken auf. Wir wollen deshalb zukunftsweisend und solidarisch auf die Folgen des Demografischen Wandels reagieren und ihn positiv für die Gesellschaft nutzen. Hierzu soll geprüft werden, ob im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder dem Bundesfreiwilligendienst Programme unterstützt werden können, die zur Stärkung des ländlichen Raums beitragen. Wir wollen kein System schaffen, das den Bundesfreiwilligendienst als Basis hat. Trotzdem können diese so an die Tätigkeiten herangeführt und vielleicht dafür gewonnen werden. Zusätzlich braucht es neue Konzepte für ein gemeinsames soziales Wohnen. Viel zu lange wurde allein auf das Modell der Großfamilie gesetzt. Die Aufgaben, die früher in solch einer Großfamilie verteilt waren, müssen entweder von staatlicher Seite übernommen werden, um das Leben im ländlichen Raum weiterhin zu ermöglichen, oder es müssen neue Wohnkonzepte entwickelt werden, innerhalb derer diese Aufgaben wieder einen Ort finden. Darüber hinaus braucht es wohnortnahe und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbare Altersheime, die unabhängig vom Vermögen der alten Menschen eine würdige Pflege und eine angemessene Betreuung bieten. Auch Konzepte zur Unterstützung pflegender Angehöriger müssen endlich staatlich organisiert und garantiert werden.

In vielen Gemeinden wird bereits versucht, kreativ auf die strukturellen Veränderungen des ländlichen Raums zu reagieren. So bieten Konzepte wie das eines kollektiv organisierten Dorfladens oder gemeinsam organisierter kulturelle Projekte die Möglichkeit, die Grundversorgung von Kultur oder Nahrungsmitteln zu gewährleisten und in Dörfern lebenswerten Wohnraum zu schaffen. Denn auch im ländlichen Raum müssen für alle Menschen ausreichend Möglichkeiten bestehen, am kulturellen Leben teilzuhaben. Umzusetzen ist dies beispielsweise durch Büchereien, die Förderung von Kleinkunstprojekten oder Theateraußenstellen. Wir fordern die Staatsregierung auf, hier stärker und gezielter finanziell aktiv zu werden.

Beschluss des 36. Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

Doch nicht nur der Freistaat sollte hier unterstützend eingreifen. Viele Kommunen wissen selbst, was vor Ort der beste Ansatz ist und haben den Zugriff auf die kreativen Köpfe der eigenen Gemeinde. Doch bei den Kommunen selbst fehlt meist das Geld, solche Projekte finanziell selbst in die Hand zu nehmen. Auch deswegen wollen wir die kommunale Finanzierung von Grund auf überdenken und eine adäquate monetäre Ausstattung der Kommunen anstreben.

2. Ländlicher Raum fit für die Zukunft – Breitband bis zum Bauernhof

Das Internet ist aus den meisten Bereichen unseres Lebens nicht mehr wegzudenken. Um allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Lebensbereichen und ein angemessenes Maß an Lebensqualität zu ermöglichen, ist die Versorgung mit Internet in ausreichender Bandbreite ein essentieller Bestandteil der Daseinsvorsorge. Für Unternehmen ist eine schnelle Datenverbindung heute zudem ein grundlegender Standortfaktor.

Derzeit ist vor allem in ländlichen Gebieten die Versorgung mit schneller Internetverbindung abhängig von deren Wirtschaftlichkeit für große Internetanbieter. Das hat zur Folge, dass sich der Ausbau nicht an den Bedürfnissen der Nutzer*innen orientiert, unrentable Gegenden auf der Strecke bleiben und die Qualität der Versorgung an vielen Stellen sehr weit hinter den Möglichkeiten aktueller Technologien zurückbleibt. Aktuell bleibt Deutschland bezüglich der Breitbandversorgung im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern weit zurück. Ein positives Beispiel ist hier Schweden, das mit dem Projekt "Öppen Fiber" die glasfaserbasierte, offene Infrastruktur massiv ausbaut.

Der weitere Ausbau der Breitbandinfrastruktur muss in Gebieten, in denen sich die wirtschaftlichen Interessen der Internetanbieter*innen nicht mit den Bedürfnissen der Anlieger*innen decken, in kommunale Hand genommen werden. Nur so ist es möglich, dass Menschen vor Ort selbst demokratisch mitgestalten können, welche Lösung die beste ist. Auch ein Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Anbietern ist nicht zielführend, da durch mehrfache Infrastrukturen unnötig Ressourcen verschwendet werden.

Eine Ergänzung bestehender Leitungen durch Funktechnologien wie LTE (Long Term Evolution) oder Satellit ist grundsätzlich wünschenswert, dennoch keine langfristige Lösung. Aktuell sind Funktechnologien oft die einzige Möglichkeit, am Land gutes, stabiles und schnelles Internet zu bekommen. Eine Versorgung mit LTE beispielsweise ist vorerst schneller und weniger kostenintensiv umzusetzen als das Verlegen von Glasfaserleitungen, da zudem bereits vorhandene Funkmasten entsprechend aufgerüstet werden können. Heutige Breitbandangebote via LTE sind jedoch durch eine Drosselung durch die Anbieter, also die Limitierung von Volumen und Bandbreite, kein gleichwertiger Ersatz für kabelgebundene Angebote.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher den Anbietern von LTE-Verträgen die Drosselung der Bandbreite des Internetanschlusses nach dem Erreichen eines bestimmten Datenvolumens zu untersagen.

Langfristig ist ein flächendeckender Glasfaserausbau nicht zu umgehen. Funktechnologien sind immer ein "Shared Medium", alle User teilen sich zeitgleich eine Übertragungskapazität, wodurch die

Beschluss des 36 .Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

Kapazitätsgrenze schneller erreicht ist. Zudem müssen auch LTE-Sendemasten absehbar mit Glasfaserleitungen angebunden werden, da das Maximum dessen, was Kupferleitungen an Bandbreite bieten können, den Bedarf bald nicht mehr decken kann. Glasfaserverkabelung ist dagegen noch auf sehr lange Sicht ausreichend, da sie abhängig von der eingesetzten Optik-Technologie Geschwindigkeiten ermöglichen kann, die heute noch kaum benötigt werden. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, über das jetzige Förderprogramm die Kommunen zu animieren, in den für die privaten Anbieter unattraktiven Gebiete, Glasfaserkabel nicht nur zu den Verteilerpunkten, sondern zu den Grundstücksgrenzen der Haushalte zu legen, über das 50 MB/s Ziel hinaus zudenken, eine komplette Versorgung der Haushalte mit Glasfaserkabel in den Fokus zu nehmen und die privaten Anbieter anhalten ihr Glasfaserkabelnetz weiter auszubauen.

Um die Versorgung finanziell besser vergleichbar zu machen, fordern wir eine größere Transparenz bei unterschiedlichen Verträgen. Klauseln wie die Drosselung der Bandbreite, also die zeitliche Beschränkung der Up- und Downloadrate, machen einen solchen Vergleich oft äußerst schwierig. Zudem sind Datentarife oder auch die nötige Hardware häufig so teuer, dass sie Menschen mit geringerem Einkommen von der Nutzung ausschließen.

Wir fordern daher kommunale Angebote wie freies WLAN auf öffentlichen Plätzen und an öffentlichen Einrichtungen und die staatliche Förderung selbstverwalteter lokaler Datennetze, zum Beispiel der verschiedenen Freifunk-Initiativen im Freistaat.

3. Ländlichen Raum attraktiv gestalten – Eine Frage der Mobilität

In Bayern nimmt das Wachstum und damit das politische Gewicht der Metropolen und städtischen Zentren immer mehr zu. Dies gründet vor allem auf der Kumulierung von Infrastruktur und sozialem Leben in diesen Zentren. Die Herausforderung der Mobilitätspolitik in Bayern ist derzeit, in ländlichen Gebieten trotz der Attraktivität dieser Zentren die Landflucht zu stoppen. Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist klar, dass für alle Menschen, unabhängig von Alter und Beruf, die auf dem Land leben wollen, dies auch möglich sein muss – ohne dass sie Einschränkungen bezüglich ihrer Mobilität hinnehmen zu müssen.

Mobilität im ländlichen Raum bis zu einer Entfernung von 50km von einer Metropole

Aus der wachsenden Bedeutung von Metropolen folgt oft ein Mangel von Wohnraum in eben diesen. Menschen, deren Lebensmittelpunkt in Metropolen ist, die dort also arbeiten und ihr soziales Umfeld haben, wollen oder können oft nicht im städtischen Kerngebiet wohnen. Dies führt zu einer ausgeprägten Pendler*innenbewegung im Umkreis von bis zu 50 km. Hier gibt es zwar in den meisten Fällen hinnehmbare ÖPNV-Verbindungen, allerdings ist der motorisierte Individualverkehr immer noch das beliebtere Fortbewegungsmittel. Dies liegt häufig daran, dass oftmals das Auto das günstigere und schnellere Verkehrsmittel ist. Dem muss entgegengewirkt werden: Wo immer es möglich ist, muss durch eine bessere Abstimmung der Anschlusszeiten und der Taktung die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit erhöht werden. Die Präferenz liegt hier ganz klar, nicht nur auf Grund der Kapazität, sondern auch der Umweltfreundlichkeit, auf der Schiene als öffentliches Verkehrsmittel. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die Preise des ÖPNV schrittweise gesenkt werden und langfristig für alle Menschen ticketlos zur Verfügung stehen.

Beschluss des 36. Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

Ein weiterer Schwerpunkt der Mobilität in diesem Entfernungsraum liegt auf der Förderung des Radverkehrs. Dieser spielt in unterschiedlichen Verkehrsräumen unterschiedliche Rollen. Der unmotorisierte Individualverkehr sollte als das umweltfreundlichste Verkehrsmittel jedoch erst einmal überhaupt von Verkehrsplaner*innen als ernstzunehmendes Fortbewegungsmittel anerkannt und nicht weiter nur als Freizeitbeschäftigung angesehen werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher einen Ausbau von beschleunigten Fahrradwegen, um die Attraktivität für Pendler*innen zu erhöhen, sowie eine deutliche Erweiterung der dem Fahrradverkehr vorbehaltenen Verkehrsfläche. Dieser Verkehrsflächengewinn muss dabei zu Lasten der PKW-Fläche und keinesfalls zu Lasten der Fußgänger*innenflächen gehen. Beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur sollte jedoch darauf geachtet werden, dass auch ein Radweg, zu weiteren Flächenversiegelung führen kann. Daher sollte, um die Umweltverträglichkeit solcher Projekte zu gewährleisten, zuerst über die Stilllegung und Umfunktionalisierung von PKW-Straßen nachgedacht werden, bevor wie meist in der Fläche, neben die Landstraße im Feld ein neuer Fahrradweg gebaut wird. Die GRÜNE JUGEND Bayern erkennt allerdings an, dass es auch Verkehrsteilnehmer*innen gibt, welchen es nicht möglich ist sich per Fahrrad fortzubewegen. Gerade ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung sind umso stärker auf einen guten öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Für diese Personengruppen müssen alternative Szenarien entwickelt werden, damit sie selbstständig im Straßenverkehr teilnehmen können. Ticketlose Rufserviceangebote innerhalb eines bestimmten Wohngebietes könnten den öffentlichen Personennahverkehr vervollständigen.

Mobilität im ländlichen Raum, welcher durch Schienenverkehr erreichbar ist

Der ländliche Raum, der per Schienenverkehr erreichbar ist, muss in Zukunft wieder stärker gefördert werden. Dies muss vor allem durch eine ausreichende Taktung sowie durch den Erhalt der ländlichen Bahnhöfe und deren Instandhaltung erreicht werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass jeder Regionalbahnhof zwischen 6 und 24 Uhr mindestens stündlich, im Optimalfall halbstündlich, angefahren wird. Zusätzlich müssen die Gelder für die Instandhaltungsmaßnahmen massiv erhöht, sowie alle Bahnhöfe barrierefrei ausgestaltet sein. Kommunale Projekte zur Reaktivierung stillgelegter Strecken begrüßen wir ausdrücklich und setzen uns für eine staatliche Förderung ein. Gleichzeitig muss weiterhin in Lärmschutzmaßnahmen investiert werden. Wir stellen fest, dass, obwohl viele Menschen den Ausbau des Schienenverkehrs begrüßen, eine hohe Lärmbelastung als Hemmnis gilt.

Mobilität im ländlichen Raum, welcher nicht durch Schienenverkehr erreichbar ist

In vielen ländlichen Regionen sind die Menschen auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen. Dies ist nicht nur aus umwelt- und verkehrspolitischen Gründen problematisch, sondern hindert auch Menschen, die aus verschiedenen Gründen keinen Führerschein besitzen oder nicht Auto fahren wollen, an der mobil-gesellschaftlichen Teilhabe. Dem muss durch unterschiedliche Maßnahmen entgegengewirkt werden. Ein wichtiger Punkt gerade für junge Menschen ist das Angebot von Nachtbussen. Dieses möchten wir fördern und weiter ausbauen.

Ein wichtiger Aspekt, der bei der Förderung der öffentlichen Mobilität auf dem Land bedacht werden muss, ist das System der Bedarfs- und Rufbusse. Das Ruf- und Bedarfbus-System ist oft nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch ökologischer als der normale Linienverkehr. Ebenso können insgesamt mehr Fahrten angeboten werden als im traditionellen Linienverkehrssystem. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass das Bedarf- und Rufbusssystem in Regionen mit einem ungenügenden

Beschluss des 36 .Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

ÖPNV-System geprüft und bei Machbarkeit durch eine staatliche Förderung unterstützt wird. Dort, wo sich Individualverkehr dennoch nicht verhindern lassen, stellen Park&Ride-Angebote an den Stadtgrenzen einen weiteren wichtigen Baustein zur Verkehrsminimierung dar. Sollte es nicht möglich sein mit Bus oder Bahn sich fortzubewegen, so wird der motorisierte Individualverkehr so zumindest an den Stadtgrenzen abgefangen.

Neben der Personenbeförderung durch Busse wird auch eCar-Sharing im ländlichen Raum immer interessanter. Dies zeigen Pilotprojekte sowie der Erfolg vieler eCar-Sharing Vereine in kleinen Gemeinden. eCar-Sharing Modelle können dort vor allem der Anschaffung eines Zweit-PKWs entgegenwirken. Das eCar-Sharing Angebot auf dem Land hat nicht nur den Vorteil, dass diese Autos eine viel höhere Auslastung erfahren, sondern bieten auch einen enormen Kostenvorteil für alle Nutzer*innen. Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist zudem auch klar, dass gerade Elektroautos mit ihren geringeren spezifischen Kosten und Emissionen für diese Anwendung prädestiniert sind. Daher fordern wir, dass Car-Sharing Anbieter sowie Car-Sharing Vereine, welche auf E-Mobilität setzen, besser gefördert werden. Um die Attraktivität bei der Beschaffung von Elektroautos zu erhöhen, fordern wir den Ausbau von Ladestationen für Elektroautos durch staatliche Mittel, sowie ein Konzept zur Vereinheitlichung des Zahlungsverkehrs an diesen. Eine einmalige Kaufprämie für Elektroautos erachtet die GRÜNE JUGEND Bayern allerdings nicht als eine zielführende Maßnahme für eine umweltfreundlichere Mobilität. Mit derzeit verfügbaren, niedermotorigen Elektroautos (45 km/h maximal) ist auch ein Teilhabe für unter 18-jährige möglich. Im Rahmen eines eCarsharings ist das Anbieten dieser Modelle sinnvoll, da dies Jugendliche in abgelegenen Gebieten bezüglich Mobilität unabhängiger machen kann.

Das Recht auf Mobilität bedeutet für uns also, dass jeder in Bayern lebende Mensch wenigstens während der Tagzeiten von 6 bis 24 Uhr mindestens stündlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Richtung städtischer Zentren und zurück reisen kann.

Wir wollen, dass alle, die Kindergeld beziehen, kostenlos mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können. Darüber hinaus fordern wir ein bayernweites Ausbildungsticket, welches für Studierende ebenso wie für Auszubildende gelten muss. Ein bayernweites Semesterticket stärkt gerade den ländlichen Raum, da es Menschen in Ausbildung eine kostengünstige Möglichkeit bietet, auf dem Land zu wohnen und in der Stadt Lernorte zu besuchen. Hierdurch wird außerdem der Wohnraum in Ballungszentren entlastet.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert einen in Bayern einheitlichen, staatlich gelenkten Tarifverbund im ÖPNV. Bis dahin soll es Kommunen erleichtert werden, Verkehrsverbünde zu gründen oder sich an bereits bestehende Verkehrsverbünde anzuschließen. Hierdurch kann durch ein einheitliches Preis- und Ticketsystem, sowie einen aufeinander abgestimmten Fahrplan und der somit besser abgestimmten Taktung das Busfahren für viele Menschen attraktiver gestaltet werden. Langfristig fordern wir die Wiederverstaatlichung des Bahnbetriebs und des gesamten ÖPNVs.

Beschluss des 36. Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

4. Ländlichen Raum nachhaltig stärken – Bildungsrevolution fürs Land

Gerade im ländlichen Raum sind bereits heute die Auswirkungen des Demografischen Wandels und die Folgen von Abwanderung deutlich zu spüren. Viele junge Menschen fragen sich, ob es sich noch lohnt, aufs Land zu ziehen. Gerade für Jugendliche und Familien ist dabei das Bildungsangebot ein sehr maßgebliches Entscheidungskriterium. Als GRÜNE JUGEND Bayern wollen wir darauf eine gesamtgesellschaftliche Antwort des lebenslangen wohnortnahen Lernens geben. Dies fängt bereits bei den Angeboten der frühkindlichen Bildung an. Kinderkrippen braucht es dort, wo Familien sind. Also nicht nur in den Städten, sondern auch in kleineren Gemeinden. Den Eltern wird damit im ländlichen Raum die Entscheidungsfreiheit zwischen Arbeiten und Familienzeit gegeben und Kleinkinder können erste soziale Kontakte knüpfen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Garantie wohnortnaher Kita- und Kindergartenplätze, sowie eine sichere Möglichkeit für Kinderbetreuung auch in der Ferienzeit. Dabei sind für uns die Überarbeitung des Betreuungsschlüssels und bessere Bedingungen für Kinderpfleger*innen und -erzieher*innen wichtige Ziele. Um die Zahl der Bewerber*innen für diese Berufe zu erhöhen, muss vor allem eine angemessene Bezahlung sichergestellt werden. Ebenso sind Wohnmöglichkeiten in Nähe der Arbeitsstätte bereitzustellen. Außerdem fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Abschaffung des Betreuungsgeldes. Zusätzlich wollen wir, dass, wo es möglich ist, durch wählbare und vor allem kürzere Arbeitszeiten für Eltern langfristig die Möglichkeit geschaffen wird, bei voller gesellschaftlicher und erwerbstätiger Teilhabe möglichst viel Zeit mit ihren Kindern zu verbringen.

Weiter geht es mit der wohnortnahen Gemeinschaftsschule. Gerade für die jüngeren Schüler*innen braucht es auch kurze Wege zur Schule, damit das Kind nicht unausgeschlafen am Morgen mit dem Schulbus lange Strecken fahren muss. Da Busfahren nicht immer vermieden werden kann, fordern wir, den Schulbeginn auf 9 Uhr zu legen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass möglichst jede Gemeinde ihre eigene Gemeinschaftsschule hat, die in Zusammenarbeit mit lokalen Sportvereinen und Gruppen ein Ort des kulturellen und sozialen Lebens für die Kinder ist. Besonders in den Nachmittagsangeboten sollen solche Vereine und Gruppen eingebunden werden, um so ein abwechslungsreiches Angebot für die Kinder zu schaffen. Hiervon kann auch das dörfliche Leben enorm profitieren. Uns ist besonders wichtig, dass Schüler*innen das Angebot mitbestimmen können und in der Schule selbstverwaltete Freiräume zur Verfügung gestellt bekommen. Gerade Jugendliche sollen motiviert werden, ihren Lebensraum nach ihren Wünschen und Interessen mitzugestalten und damit zu Akteur*innen einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung zu werden. Mit der Gemeinschaftsschule kann auch die schulische Inklusion auch auf dem Land gelingen. In kleinen Klassen können so Kinder mit und ohne Beeinträchtigung mit der Unterstützung mehrerer Lehrkräfte in altersübergreifenden Gruppen lernen. Statt jeden Tag lange Wege zur nächsten Förderschule bewältigen zu müssen, können dann auch Kinder mit besonderem Förderbedarf wohnortnah zur Schule gehen.

Eine Ergänzung zu diesem Konzept stellt die betriebliche Versorgung dar. Manche Unternehmen siedeln auf ihrem Gelände eine Kita, einen Kindergarten und eine Grundschule gleich mit an, um das eigene Unternehmen für junge Eltern attraktiver zu gestalten. Solchen Projekten stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Wir fordern daher die politischen Verantwortungsträger*innen auf, Unternehmer*innen, die hier versuchen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen, keine Steine in den Weg zu legen. Wir wollen jedoch nicht, dass zum Beispiel Alleinerziehende da-

Beschluss des 36. Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

durch in ein stärkeres Abhängigkeitsverhältnis zum Betrieb rutschen. Sollte jemand kündigen wollen, darf dies nicht dadurch verhindert werden, dass kein KiTa Platz für das Kind in einer staatlichen Einrichtung mehr zur Verfügung steht. Die staatliche KiTa-Platz Garantie darf dadurch nicht in Frage gestellt werden.

Damit junge Menschen nach der Schulzeit weiter im ländlichen Raum bleiben, braucht es außerhalb der Ballungszentren ebenfalls ansprechende Ausbildungsplätze. Für Betriebe müssen daher die Voraussetzungen geschaffen werden, dass eine Ansiedelung und das Schaffen von Ausbildungsplätzen attraktiv sind.

Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich deshalb dafür ein, dass es eine enge Verknüpfung von Schule und Ausbildungsbetrieben gibt und dass durch Veranstaltungen wie Kennenlertage Jugendliche aktiv in der Suche ihres Ausbildungsplatzes unterstützt werden. So können diese unabhängig von der elterlichen Prägung ihren Ausbildungsplatz wählen. Damit diese Wahl nicht von der finanziellen Situation der*des Einzelnen abhängig ist, lehnen wir jegliche Bildungsgebühren ab. Dazu gehören insbesondere Meister*innen- und Techniker*innengebühren.

Zu einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz gehört unabdingbar das lebenslange Lernen. Auch hier wollen wir wohnortnahe Angebote, um einen niederschweligen Zugang zu ermöglichen. Volkshochschulzweigstellen schaffen Möglichkeiten für Erwachsenenbildung und Qualifikationsangebote für Ehrenamtliche. Wir fordern deshalb, dass die bayerische Staatsregierung ein Programm auflegt, welches Volkshochschulkurse und Weiterbildungsmöglichkeiten gebührenfrei in kleinere Gemeinden bringt. In Gemeindehäusern sollen darüber hinaus Einwohner*innen die Räumlichkeiten gebührenfrei zum Anbieten von Kursen nutzen können. Jugendgruppen und Vereinen müssen ebenfalls ausreichend kommunale Räume für Treffen oder Proben zur Verfügung gestellt werden.

Eine Stärkung des ländlichen Raums funktioniert allerdings nicht dadurch, dass Einrichtungen immer weiter zerteilt und ausgelagert werden. Zwar macht es Sinn, etwa Fachhochschulen auch außerhalb von Ballungszentren zu haben, es widerspricht aber einem interdisziplinärem Charakter eines Studiums, einzelne Fakultäten dann in noch kleinere Ort zu verlegen, um dort eine*n lokale*n Politiker*in zu profilieren. Die Stärkung des ländlichen Raums muss gesamtgesellschaftlich gedacht werden und darf nicht zu einer Politik nach Gutsherrenart verkommen.

5. Ländlicher Raum für Alle – Neonazistische Tendenzen bekämpfen und eine offene Gesellschaft fördern

Nicht erst die erschreckenden Vorfälle in Vorrä und Tröglitz haben gezeigt, dass Neonazis sich gezielt ländliche Gegenden für ihre Aktivitäten aussuchen. Sie scheinen dort geringeren Widerstand zu erwarten als in größeren Städten. Dass diese Entwicklung bisher von der Politik ausgeblendet und noch keinerlei Gegenmaßnahmen ergriffen wurden, verurteilt die GRÜNE JUGEND Bayern scharf.

Nazis in die Suppe spucken – Faschistische Ideologien aufdecken!

Leider ist es aber tatsächlich häufig Realität, dass gerade im ländlichen Raum viele Menschen noch ein veraltetes Weltbild haben und somit ablehnend auf Menschen reagieren, die nicht in ihr konservatives Denkschema passen. Rassismus und Nationalismus sind in der Mehrheitsgesellschaft ver-

Beschluss des 36 .Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

breitete Phänomene und bieten Neonazis einen Nährboden für ihre menschenverachtende Ideologie. Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist klar, dass solchen Tendenzen Parole geboten werden muss. Es darf kein ruhiges Hinterland geben, in dem es sich Neonazis gemütlich machen können! Die Vergangenheit hat gezeigt, dass etwa die NPD überall dort, wo ihre Kandidat*innen sich ungestört im Dorf verankern konnten, auch starke Wahlergebnisse erzielen konnte. Wir streiten daher für eine aktive Zivilgesellschaft in jedem Dorf, die sich unmissverständlich gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stark macht. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert von der bayerischen Staatsregierung Aufklärungskampagnen und -veranstaltungen über neonazistische Strukturen auf dem Land und die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel. Außerdem beobachten wir eine verstärkte Kriminalisierung von antifaschistischem Handeln. Proteste gegen Kundgebungen von Neonazis und anderen reaktionären Kräften sind vielfach polizeilichen Schikanen ausgesetzt. Wir fordern Innenministerium und Polizei auf, antifaschistischen Protest als Grundpfeiler einer wehrhaften Demokratie anzuerkennen. Demonstrationen auf Sicht- und Hörweite müssen genehmigt werden. Darüber hinaus muss die Aufklärungsquote bei vermutlichen Delikten mit rassistischem Hintergrund gesteigert werden sowie der Ermittlungsdruck gegen die Neonazi Szene deutlich erhöht werden. Gleichzeitig müssen Opfer von neonazistischer und rassistischer Gewalt oder Diskriminierung bessere Unterstützung erhalten. Eine eigenständige Opferberatung ist für uns ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Neonazis.

*Den Opfern des Naziregimes gedenken, nicht den Täter*innen*

In fast jedem Dorf erinnern Gedenktafeln an die Einwohner*innen, die als Wehrmachtssoldat*innen gefallen sind. Am Volkstrauertag werden diese jährlich sogar als vermeintliche Verteidiger*innen des Vaterlandes heroisiert. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihren Taten oder den Gräueltaten der Wehrmacht allgemein findet nicht statt, Gedenktafeln für die örtlichen Opfer des Faschismus gibt es meistens nicht. Dass Täter*innen des Nationalsozialismus gerade im ländlichen Raum immer noch als Held*innen dargestellt werden, ist für uns nicht länger hinnehmbar! Wir fordern alle Kommunen in Bayern auf, ihre Mahnmale für Wehrmachtssoldat*innen zu entfernen und dafür ein angemessenes Gedenken an die Shoa und lokale Opfer der Verfolgungen zu schaffen. Vielfach sind die Schicksale solcher Personen noch gar nicht erforscht und auch viele Personen, die gerade in den letzten Kriegstagen örtlichen Widerstand geleistet haben, sind in Vergessenheit geraten. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher ein landesweites Forschungsprogramm der Staatsregierung, um diese Schicksale zu erforschen und den Getöteten ihre Namen wiederzugeben. Gleichwohl darf vereinzelter lokaler Widerstand nicht den Blick auf die Kollektivschuld der Deutschen verschleiern oder gar überzeugte Nationalsozialist*innen durch wenige gute Taten reingewaschen werden.

Demokratie fängt bei der Bildung an

Eine besondere Zielgruppe von Neonazis sind junge Menschen. Über das Internet oder Ferienangebote vor Ort wird versucht, diese für die eigene Ideologie zu gewinnen. Es braucht daher auch auf dem Land eine aktive Jugendarbeit, die nicht die Augen vor Neonazis verschließt, sondern junge Menschen von Toleranz und Vielfalt begeistert. Vor allem sollen Angebote geschaffen werden, bei denen Jugendliche diese Werte selbständig anwenden können. Darüber hinaus sollte es in jeder Gemeinde eine*n Jugendbeauftragte*n für Demokratie geben, deren*dessen Tätigkeitsbereich neben Jugendtreffs auch Demokratieerziehung in der Gemeinschaftsschule sein kann. Hierfür fordern wir nach dem Beispiel anderer Bundesländer parallel zum Bundesprogramm "Demokratie leben! Ak-

Beschluss des 36 .Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

tiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ ein identisches Landesprogramm aufzulegen, um daraus etwa den*die Jugendbeauftragte*n für Demokratie zu finanzieren. Bei der Auswahl der entsprechenden Personen vor Ort muss vor allem die interkulturelle Kompetenz der Interessierten eine wichtige Rolle spielen.

Offenheit muss gelebt werden

Global sind leider immer noch viele Menschen von Flucht und Vertreibung betroffen. Als reiches Land ist Deutschland besonders in der Pflicht, hilfesuchende Menschen zu unterstützen und ihnen Schutz zu gewähren. Dies schließt auch den ländlichen Raum ein. Eine gelebte Willkommenskultur und eine Dorfgemeinschaft, die den Geflüchteten beim Einleben in die ungewohnte Umgebung hilft, sollten dabei eine Selbstverständlichkeit sein. Eines der großen Probleme ist, dass Geflüchtete von Behörden ihre Wohnung zugewiesen bekommen und dann dorthin ziehen müssen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass Geflüchtete selbstbestimmt entscheiden können, in welche Gegend und in welche Wohnsituation sie kommen. Bei der Bebauung von Liegenschaften in Staatsbesitz soll außerdem die Möglichkeit für Unterbringungsmöglichkeiten von Geflüchteten geprüft werden. Gerade im ländlichen Raum braucht es noch eine deutliche Ausweitung von psychologisch-sozialer Betreuung der oftmals traumatisierten Geflüchteten und endlich für jede Person einen Platz in einem Deutschkurs. Dass die bayerische Staatsregierung hier ihre Verantwortung immer noch auf die Kommunen und Ehrenamtlichen vor Ort abwälzt, ist ein Skandal! Auch im ländlichen Raum muss jede Person, die ein Hilfsangebot benötigt, dieses auch wahrnehmen können. Hierfür haben die Geflüchteten ein Recht auf ein entsprechendes Mobilitätsangebot und dass ihre Wohnungen nicht abseits der restlichen Bevölkerung sind. Nur so kann im ländlichen Raum ein Miteinander gelingen, von dem alle profitieren.

6. Ländlichen Raum erblühen lassen – Naturschutz stärken

Der ländliche Raum ist die Grüne Lunge der Städte. Deswegen ist hier ein konsequenter Umweltschutz umso wichtiger. Ganz besonders muss ein dörflicher Wettstreit zu Lasten der Natur darum vermieden werden, wer die größte Firma ansiedelt. Noch viel zu oft werden neue Gewerbegebiete direkt neben Bestehenden gebaut, weil der Nachbarort sich Hoffnungen auf Gewerbesteuern macht. Dies führt zu unnötiger Naturzerstörung und Flächenversiegelung. Wir fordern, dass die Fläche, die pro Gemeinde versiegelt werden darf, zukünftig streng begrenzt wird und dass für neue Gewerbegebiete zusätzlich frühzeitig ein Bedarfsnachweis vorgelegt wird. Die Zuständigkeit für die Bedarfsprüfung und Festlegung liegt bei den jeweiligen Bezirksregierungen. Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht mehr nur Kleinigkeiten wie etwa die Verschönerung eines Sees sein, sondern müssen konkrete Neuausweisungen von Naturschutzgebieten beinhalten. Denn gerade eine intakte Umwelt und Artenvielfalt sind die Stärken des ländlichen Raums gegenüber der Stadt. Gemeinden sollen daher in Zukunft bei der Neuansiedlung von Firmen zusammenarbeiten und so gemeinsam ein gutes und nachhaltiges Angebot entwickeln, das langfristig Arbeitsplätze sichert.

Natur ist in keinem Fall als etwas anzusehen, was die Wirtschaftlichkeit von Gemeinden dadurch hemmt, dass der Schutz der Natur neuen Gewerbegebieten vorgezogen wird. Durch die stärkere Ballung der Bevölkerung in den Zentren wächst das Bedürfnis nach Tourismusangeboten, die den

Beschluss des 36 .Landesjugendkongress in Regensburg vom 8. bis 10. Mai 2015

natürlichen Lebensraum in den Mittelpunkt stellen. Wir fordern das Umwelt- und Wirtschaftsministerium daher dazu auf, einen Kriterienkatalog für umweltfreundlichen Tourismus vorzulegen und positive Anreize zum Einhalten dieser Kriterien zu schaffen.

Auch gilt es, grüne Ortskerne zu erhalten und den Baumbestand der Kommunen zu schützen. Naherholungsgebiete wie Seen, Wälder oder Naturschutzgebiete sind nicht nur für die Bewohner*innen des ländlichen Raums wichtige Freiräume, die Erholung und Entspannung bieten können. Diese Orte sind von den Kommunen daher zu fördern und zu unterstützen.

Zusätzlich fordern wir die Staatsregierung auf, sich endlich um einen transnationalen Alpen-Nationalpark einzusetzen. Die Verantwortung zum Erhalt dieses einmaligen Naturraums nicht ernst zu nehmen ist fahrlässig und zukunftsvergessen. Genauso fahrlässig handelt die Staatsregierung in Bezug auf den Steigerwald, dessen Anerkennung als Weltnaturerbe ein wichtiger Schritt ist, um Naturräume als Kulturgut anzuerkennen.

Auch für die Landwirtschaft und damit für einen wichtigen Wirtschaftsfaktor auf dem Land, ist die Natur eine lebenswichtige Ressource. Daher erwarten wir von Landwirt*innen ihrer Verantwortung an dieser Stelle gerecht zu werden und einen nachhaltigen und an den Naturraum angepassten Umgang mit der Natur zu propagieren und zu praktizieren. Nur Bio ist grün. Den Landesratsbeschluss vom Februar 2015 wollen wir an dieser Stelle bekräftigen.